

# Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

4. Juli 2005

## PRESSEERKLÄRUNG

### **Rose: Schily soll gegen Rassismus im BKA vorgehen**

Bundesinnenminister Otto Schily müsse zur Verhinderung der Erfassung der Minderheitenzugehörigkeit von Beschuldigten eine sofortige Dienstanweisung an das BKA erlassen. Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, protestierte heute gegen Schilys Rechtfertigung der BKA-Praxis und verlangte das sofortige Zurückziehen des „Jahresberichts Wirtschaftskriminalität 2002“ mit der beanstandeten Passage, in der Beschuldigte als „überwiegend Sinti- und Roma-Angehörige“ bezeichnet wurden. Erforderlich sei zudem das vom Zentralrat geforderte Diskriminierungsverbot im Verwaltungsverfahrensgesetz für Behörden des Bundes und der Länder, schrieb Rose. Dieses Verbot würde vorurteilsschürende Minderheitenkennzeichnungen in Berichten von Behörden an die Presse verhindern. Die bei Sinti und Roma bis heute ungehinderte Kennzeichnungspraxis wurde in der Zeit des Nationalsozialismus auch gegen Juden angewendet.

Rose wehrte sich gegen Schilys Schreiben von letzter Woche, wonach die „Erkenntnisse“ im BKA über die „Minderheitenzugehörigkeit von Tatverdächtigen und Tätern“ nicht Teil der offiziellen Polizeiarbeit, sondern „vielmehr individuelle Erkenntnisse der beteiligten Ermittler“ seien. Es wäre absurd, schrieb Rose, wenn Schily den Zentralrat glauben lassen möchten, es gebe im BKA Arbeit in einem rechtsfreien Raum, die aber trotzdem in offizielle Berichte einfließt. Deshalb, so Rose weiter, müsse Schily die Diensträume der Beamten nach „individuellen“ Geheimateien und sonstigen Unterlagen mit Minderheitenkennzeichnung durchsuchen lassen und deren Vernichtung anordnen.

Diesem Konflikt ging ein Schriftwechsel des Zentralrats mit Bundesdatenschützer Peter Schaar voraus. Dieser schrieb „aufgrund wiederholter Versicherungen des BKA“, es gebe in den offiziellen Dateien „keine Hinweise auf die Minderheitenzugehörigkeit“ und auch sonst keine „recherchierbaren“ Unterlagen, offenbar ohne den „Jahresbericht Wirtschaftskriminalität 2002“ zu kennen. Darauf hatte ein Wochenmagazin den Zentralrat nachträglich hingewiesen.